

Auf Bundesebene wurde jüngst unser Finanzminister, Herr Schäuble für einen ausgeglichenen Haushalt ohne strukturelle Neuverschuldung in den Finanzminister-Himmel gelobt. Das ging soweit, dass man gar von einer historischen Leistung lesen konnte, die zuletzt Franz-Josef Strauß im Jahr 1969 gelungen war.

Ich befürchte, dass Herr Manz morgen in der SZ nicht in gleichem Maße für eine historische Leistung geadelt wird. Dabei wäre das tatsächlich eher eine Schlagzeile wert als die wenig belastbaren Eckdaten, die Herr Schäuble unter großem Applaus präsentiert hat.

Zu den Fakten: Selbstverständlich ist der Haushaltsplan 2015 der Stadt Bad Waldsee ausgeglichen, wie in allen Jahren zuvor. Darüber hinaus kommen wir auch bereits im vierten Jahr nacheinander ohne Steuererhöhung aus. Außer für die Investition in anstehende Großvorhaben erscheinen auch keine neuen Schulden im Haushalt der Stadt und der Eigenbetriebe. Im Gegenteil, die Verschuldung im Kernhaushalt wird kontinuierlich abgebaut.

Die Diagnose ist also schnell gestellt: Obwohl alle Pflichtaufgaben erfüllt werden und eine Vielzahl von Investitionen und Planungsraten eingestellt sind, darf man behaupten: Dieser Haushalt ist nicht auf Kante genäht, finanziell steht die Stadt und Ihre Eigenbetriebe auf soliden Beinen.

ABER: Das darf nicht als Freibrief verstanden werden für undiszipliniertes Wirtschaften. Die Spielräume sind und bleiben sehr gering. Wenn wir es nicht in Zeiten guter Konjunktur und Vollbeschäftigung schaffen, Maß zu halten und stattdessen sogar die Reserven angreifen müssen, darf von keiner Gruppierung das Wort Nachhaltigkeit in den Mund genommen werden.

Die Freien Wähler stellen als einzige Fraktion KEINEN Antrag zum Haushalt. Warum?

Zugegeben, es ist langweilig, regelmäßig als Mahner aufzutreten und gebetsmühlenartig Sparsamkeit einzufordern, wie es die Freien Wähler seit Jahren tun. Der verlockende Griff in die Kasse und die Erfüllung des ein oder anderen Wahlversprechens ist jedoch schlicht nicht angebracht!

Bei den Anträgen der GAL und der SPD vermissen wir den Hinweis auf Finanzierung der Mehrausgaben. Wo soll beispielsweise das Geld für die im ganzen Stadtgebiet verteilten Fahrradplatz-Überdachungen denn

plötzlich herkommen? Was soll an anderer Stelle dafür zurückgestellt oder gestrichen werden? Sicher wäre es eine sinnvolle Maßnahme, die die Attraktivität des Fahrrads als Verkehrsmittel im Stadtgebiet langfristig erhöhen würde. Das ist auch nicht neu und beispielsweise auch im Rahmen des Handlungsfeldes 4 (Mobilität) im eea Prozess bereits vorgedacht. Aber, liebe Kollegen, das muss mit Augenmaß passieren und darf nicht auf Kosten anderer Pflichtaufgaben geschehen.

Der GAL Antrag, das Pflegepersonal im Spital zu erhöhen, um die „Attraktivität“ des Pflegeheims zu erhöhen irritiert uns aber noch mehr. Zum Einen sind wir der Überzeugung, dass das Spital nicht zuletzt durch die ausgezeichnete Arbeit der Pflegekräfte heute schon sehr attraktiv ist. Zum Anderen bleiben die Antragssteller jede Erklärung schuldig, warum Sie der Meinung sind, den Stellenplan kompetenter ausfüllen zu können als die neue Heimleitung und ob sie eine Idee haben, wie dieses Stellen dann bei zukünftigen Pflegesatzverhandlungen mit den Kassen Berücksichtigung finden sollen. Denn eines ist sicher: Die Angehörigen sind heute schon mit den Pflegekosten an der Grenze der Belastbarkeit und haben sicher kein Verständnis für weitere Mehrkosten. (Aber zu den Anträgen kommen wir ja später noch.)

Haushaltsberatung geht auch anders

Für Außenstehende erscheint die Aufstellung eines so umfangreichen Planungswerks tatsächlich wie eine Herkules-Aufgabe.

Der Haushaltsplan sowie die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe basieren jeweils auf den Planungen der Vorjahre sowie der Jahresabschlüsse der Vorvorjahre. Wenn man dann noch die bekannten Investitionen, Lohn- und Kostensteigerungen aufnimmt, ergibt sich bei aller Komplexität schon mal ein in sich einigermaßen stimmiges Werk.

Die Kunst ist allerdings, auf der einen Seite die ständig steigenden Kosten im Zaum zu halten und andererseits den Spielraum für die wichtigsten Investitionen oder Instandhaltungen richtig zu nutzen.

Was „richtig“ ist, also die Prioritätsliste, welche Vorhaben in diesem Jahr finanziert werden können und welche zurückgestellt oder gestrichen werden müssen, entscheidet in der Regel die Verwaltung - zugegebenermaßen mit viel Erfahrung und meist auch mit dem richtigen Fingerspitzengefühl.

Da wollen wir auch in Zukunft nicht hinein regieren!

Allerdings sehen wir es schon als Aufgabe des Gemeinderats an, die Eckpunkte eines Haushalts so frühzeitig im Vorfeld zu beraten und ggfs. die Priorisierung politisch festzulegen, dass diese auch noch in geänderter Fassung in den Haushalt einfließen können. Wenn das Gesamtkunstwerk in gebundener Form in öffentlicher Sitzung aufliegt, ist das nicht mehr sinnvoll möglich.

In dem vorgelegten Stellenplan des Kernhaushalts sind immerhin elf neue Stellen, verteilt auf verschiedene Ämter enthalten. Die personelle Verstärkung der Verwaltung ist angesichts der ebenfalls zunehmenden Aufgaben schon sinnvoll. Allerdings wäre es bei so einem signifikanten Zuwachs schon angebracht gewesen, wenn dies auch die Verwaltung von sich aus erklärt hätte und nicht darauf gewartet hätte, dass wir in der Vorberatung „drüber stolpern“.

Bitte richtig verstehen: Es geht nicht darum, dass wir dem Kämmerer misstrauen oder der vorgelegte Haushalt nicht valide wäre. Es geht auch nicht darum, den von den Freien Wählern in JEDER Haushaltsrede angemahnten Grundsatz sparsamen Haushaltens aufzuweichen. Wir sind uns durchaus bewusst, dass es zunächst um die Erfüllung der immer zahlreicheren Pflichtaufgaben geht und erst dann die wünschenswerten Freiwilligkeitsleistungen angedacht werden können.

Ich hatte es aber bereits bei der Vorberatung im Verwaltungsausschuss angesprochen. Die Haushaltseckpunkte müssen nach unserer Ansicht zunächst zusammen mit der Verwaltung in den Fraktionen diskutiert werden und dann in einen Haushaltsentwurf einfließen. Die Einrichtung einer Haushaltskommission halten wir für nicht zielführend.

Der Gemeinderat hat auch die Pflicht, die Prioritätensetzung immer wieder und vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und großpolitischen Entwicklungen zu hinterfragen.

So ist auch der Antrag der CDU Fraktion einzuordnen, der für Gruppierungen im sozialen und caritativen Umfeld mehr Unterstützung ermöglicht als bisher.

Wir befürworten diesen Antrag inhaltlich in Gänze und unterstützen ihn natürlich. Schließlich haben wir die Einrichtung eines „Sozialfonds“ in Zuständigkeit des Sozialamt, wie er jetzt im Haushaltsplan zu finden ist, nach Anfragen von „Global“ und „Solidarische Gemeinde“ mit auf den Weg gebracht. Und anders als bei den anderen Anträgen hat sich die CDU Fraktion dankenswerterweise auch die Mühe gemacht, einen nachvollziehbaren Vorschlag zur Gegenfinanzierung darzulegen. Im

Hinblick auf viele ebenfalls berechnigte Wünsche anderer ehrenamtlichen Gruppierungen ist es aus Sicht der Freien Wähler jedoch unbedingt notwendig, im Vorfeld transparente Richtlinien für die Zuteilung der Mittel zu entwickeln.

Bei der Gelegenheit regen wir an, auch die Förderrichtlinien für andere Gruppierung wie Sportvereine zu überprüfen. Wie in fast jeder Haushaltsrede erinnern wir daran, dass die Jugend- und Integrationsarbeit der Vereine in der Kernstadt und einen Ortschaften mit hauptamtlichen Kräften nicht finanzierbar wäre und wir gut beraten sind, deren Anliegen durchaus wohlwollend zu prüfen – denn diese Wünsche sind meist berechnigt und selten überzogenen.

Die Sache mit der Bürgerbeteiligung

Im Wahlkampf haben wir es zugesagt: Wir alle wollen die Bürgerinnen und Bürger verstärkt einbinden. Und das gilt natürlich auch für die Zeit zwischen den Wahlkämpfen, da spreche ich sicher für alle Fraktionen.

Aber wie aber soll die angemessene Einbindung nun konkret aussehen?

Da ist zunächst eine Einschränkung durch die Gemeindeordnung. Nicht die Bürger stimmen letztendlich über einen Zuschuss für einen Verein, die Beauftragung eines Ingenieurbüros oder die bauliche Ausführung eines städtischen Kindergartens ab, sondern die gewählten Vertreter, also die Gemeinde- oder Ortschaftsräte.

Die Bürgerbeteiligung muss also früher geschehen und muss die Meinungsbildung von uns Räten unterstützen. Die Bürger wollen informiert sein, frühzeitig und umfänglich. Und sie wollen mitreden, hauptsächlich natürlich in Bereichen, die Sie persönlich betreffen.

Wenn man von der These ausgeht, dass der Wurm dem Fisch und nicht dem Angler schmecken soll, waren wir mit der bisherigen Form der Bürgerbeteiligung zwar auf dem Weg aber sicher ganz weit weg vom eigentlichen Ziel. Die Reaktionen auf das Gesprächsangebot zum Städtebaulichen Rahmenplan haben gezeigt, dass der Wurm entweder nicht richtig gewürzt war oder gar nicht vor den richtigen Fischen gezappelt hat.

Wenn wir davon reden, die Bürger „abholen“ zu wollen, dann müssen wir uns im Klaren werden, an welcher Haltestelle sie denn stehen und auf welches Verkehrsmittel sie warten.

Rahmenpläne wirken weit in die Zukunft und skizzieren die Infrastruktur für unsere nächsten Generationen. Also sollten auch diese Generationen mit am Tisch sitzen, wenn es um solche Themen geht. Damit ist auch klar, dass die Form der Beteiligung auch „verjüngt“ werden muss. Eine knackige Internetseite mit multimedialen Präsentationen zu allen Zukunftsthemen sowie die Ansprache über soziale Netzwerke ist dabei eben wichtiger als eine Vorankündigung einer Bürgerversammlung im Amtsblatt der Stadt Bad Waldsee.

Warum veranstalten wir nicht eine jährliche Zukunftskonferenz?

Eine Konferenz, bei der jüngere Bürger ebenso Ihre Themen finden wie wir ältere? Eine Konferenz, bei der nicht unbedingt ein konkreter Bebauungsplan durchgekaut wird, sondern perspektivisch die Weiterentwicklung unserer Stadt und der Ortschaften im Mittelpunkt stehen. Mit einem Referenten, der nicht im Auftrag der Stadtverwaltung und des Gemeinderats ein Gutachten erarbeitet hat, sondern aus Entwicklungen in anderen Gemeinden und Themengebieten einen Impuls liefert.

So eine Konferenz darf auch Spaß machen, soll informieren und Rückmeldemöglichkeiten bieten. Bei einer jährlichen Durchführung kann die Themenwahl enger ausfallen und viel konkreter diskutiert werden. Und es können die Themen auf den Tisch kommen, die viele Menschen betreffen und zu denen es auch durchaus immer wieder neue Erkenntnisse gibt. Aktuell wäre es beispielsweise sehr wichtig, die Entwicklung der Schullandschaft zu besprechen. Wenn die Parkplatzdrehung auf der Bleiche ansteht, interessieren sich bestimmt viele für mögliche Konzepte der Parkraumbewirtschaftung. Und selbstverständlich ist es angebracht, über die Chancen und Risiken der geothermischen Bohrungen zu sprechen, bevor die Stadtwerke unter Tage gehen.

Ich meine das ernst: Wir müssen uns sputen, alle anzusprechen, wenn wir die Entscheidungen für die Zukunft Bad Waldsees auch zukünftig noch richtig treffen wollen. Die Bürger lassen sich dazu sicher motivieren - wenn wir es nur richtig anfangen.

Zurück zum Haushalt:

Ich habe mir fest vorgenommen, auch in diesem Jahr nicht die einzelnen Haushaltstellen und Zahlen zu repetieren. Diesem Vorsatz möchte ich auch Treu bleiben, und beschränke ich mich zum Abschluss auf eine

These, die die mittelfristige Entwicklung des Städtischen Haushalts vielleicht ganz treffend beschreibt:

Unser Handlungsspielraum in der Zukunft wird weiter eingeschränkt. Wir leben nicht auf einer Insel, erst recht nicht auf einer autofreien.

Ein paar wenige Beispiele, die diese These stützen:

- Der Kreishaushalt birgt einige Dauerbaustellen, die auch in den kommenden Jahren die Gemeinden belasten werden, allen voran der Sanierungsprozess der OSK. Durch den Vergleich mit der WGV Versicherung wird die Stadt Ravensburg in den nächsten 4-5 Jahren vermutlich nicht ihren Anteil zur Kreisumlage leisten können. Das müssen die anderen Gemeinden zusätzlich schultern, auch Bad Waldsee wird für diesen Gerichtsentscheid mit zur Kasse gebeten!

- Die Aufnahme von Flüchtlingen und deren menschenwürdige Unterbringung werden auch in Bad Waldsee und den Ortschaften noch weiter zunehmen. Die Schaffung von Wohnraum in der Kernstadt wird die schon existenten Plätze in Haisterkirch und die geplanten Container in Reute ergänzen. Neben den baulichen Investitionen muss eine professionelle Betreuungsstruktur geschaffen werden, die die ehrenamtlichen Helfergruppen unterstützt. Herr Bürgermeister Weinschenk, das muss aus unserer Sicht ab sofort zur Chefsache gemacht werden.

- Um die Attraktivität unsere Stadt zu erhalten, sind umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur zu leisten. Es reicht beispielsweise mittelfristig nicht aus, die Breitbandverkabelung in Gewerbegebieten nachzurüsten. Schon mittelfristig wird der vernetzte Bürger auf eine schnelle Internetverbindung auch bei sich zu Hause bestehen, auch unter dem Gesichtspunkt zunehmender Heimarbeitsplätze. Die Bereitstellung eines kostenlosen WLAN für Bürger und Besucher in der Innenstadt ist bald schon kein Alleinstellungsmerkmal mehr, daher mahnen wir für diese Kleinigkeit die rasche Umsetzung an.

- Die demografische Entwicklung macht auch in Bad Waldsee nicht halt und Mobilität in ländlichen Raum wird auch in absehbarer Zukunft nicht ohne Autoverkehr auskommen. Da machen es sich die Kollegen der GAL Fraktion natürlich zu einfach, wenn sie glauben, mit einer Erhöhung der Parkgebühr eine bessere Nutzung des Citybus erzwingen zu können und mit der kostspieligen Schaffung von überdachten Radparkplätzen die Menschen automatisch vom Autositz auf den Fahrradsattel zu beamen.

Ich darf nochmals den Wurm zitieren, der dem Fisch schmecken muss, sonst beißt er nicht an! Und das Wichtigste: Die Menschen wollen sich nicht bevormunden lassen. Das hat beim Veggy-Day schon nicht geklappt!

Ungeachtet solcher ideologischen Vorstöße haben wir die Aufgabe, die Erkenntnisse moderner Mobilitätsforschung auch in unser Angebot einzubauen. Flexible, intermodale und barrierefreie Mobilitätsangebote werden den steigenden Anforderungen an Mobilität aller Altersschichten gerecht. Die Kombination verschiedener Verkehrsmittel, die Unterstützung klimaschonender Fahrzeuge durch Schaffung von privilegierten Parkflächen für Elektrofahrzeuge und die Ausweisung von CarSharing-Stellflächen an Verkehrsknoten, beispielsweise am Bahnhof, machen es den Bürgern und Gästen zukünftig einfacher, umzusteigen und das öffentliche Angebot anzunehmen. Das muss unser Weg sein: Angebot schaffen statt Zwang ausüben!

Zu guter Letzt bedanke ich mich im Namen der Freie Wähler Fraktion bei Ihnen, Herr Weinschenk, bei Ihnen, Herr Manz sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die auch in diesem Jahr wieder zu der schlüssigen und soliden Haushaltsplanung beigetragen haben. Danke auch dafür, dass Sie unserer Forderung nach Schaffung einer angemessenen Arbeitsumgebung für den Gemeinderat gefolgt sind. Es hat zwar etwas gedauert, aber wir sind sehr froh, nun endlich wieder hier im historischen Sitzungssaal Entscheidungen für unsere Stadt fällen zu dürfen. Und wir sind guter Dinge, dass in Kürze auch noch das lange ersehnte Ratsinformationssystem, die Beleuchtung, sowie die Präsentationstechnik hier im Sitzungssaal nachgerüstet werden.

**Für die Fraktion der Freien Wähler im Bad Waldseer Gemeinderat,
Bernhard Schultes, 02.02.2015**
(Es gilt das gesprochen Wort!)